

Antrag C01: Für eine starke Wirtschaft, die allen nutzt - Strukturwandel sozial gestalten, Zukunftsfähigkeit des Standorts sichern

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

1 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden in den kommenden Jahren alles tun,
2 um zukunftsfeste Arbeitsplätze in einer modernisierten und gerechten Wirtschaft zu
3 sichern und zu schaffen.

4 Dafür gilt es, das auf einen gerechten Interessenausgleich zwischen Arbeit und
5 Kapital beruhende Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu sichern, zu stärken
6 und zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln, neue
7 Herausforderungen planvoll, innovativ, gezielt und pragmatisch anzugehen und
8 Fehlentwicklungen zu korrigieren. Wir müssen die deutsche Wirtschaft zurück auf die
9 Erfolgsspur bringen, sie modernisieren, sozial-, klima- sowie zukunftsgerecht machen
10 und so gestalten, dass sie allen nutzt.

11 **Auf Erfolgen aufbauen!**

12 Auch wenn Deutschland im internationalen Vergleich beim Wachstum zurückfällt und
13 Weltmarktanteile verliert – es ist eines der reichsten Länder der Welt. Seinen
14 wirtschaftlichen Erfolg verdankt Deutschland einem Wirtschaftssystem, das Wachstum
15 und Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation, Produktivität, Gute Arbeit, betriebliche
16 Demokratie, Stabilität und sozialen Ausgleich ermöglicht. Diese historisch
17 gewachsenen Besonderheiten der deutschen Volkswirtschaft gilt es zu stärken:

- 18 • Mitbestimmung in Betrieb, Dienststelle und Aufsichtsrat - und damit auch bei
19 zentralen Standort- und Investitionsentscheidungen -, sozialer Dialog und die
20 Gestaltungskraft von Tarifverträgen sind auszubauen. Nur mit den Erfahrungen und
21 Kenntnissen der Beschäftigten können Produkte und Dienstleistungen der Zukunft
22 entwickelt werden und eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft gelingen.
23 Nur mit guten Arbeitsbedingungen und Löhnen steigt die Produktivität. Nur mit
24 einer Beteiligung derjenigen, die den Wohlstand erarbeiten, wird Sicherheit im
25 Wandel gelingen und die Innovationskraft gestärkt.
- 26 • Der deutsche Sozialstaat ist auch ein wichtiger Produktivfaktor. Gemeinsam mit
27 einem guten Ausbildungs-, Bildungs- und Weiterbildungssystem, mit Umverteilung
28 und sozialem Ausgleich durch ein progressives Einkommensteuersystem, mit starken
29 öffentlichen Dienstleistungen, staatlicher Regulierung und einer aktiven Lenkung
30 von Marktprozessen kann er gleichwertige Lebensverhältnisse, Sicherheit und
31 Stabilität schaffen und die Gleichstellung der Geschlechter fördern. Diese
32 Besonderheiten müssen ausgebaut, erweitert und modernisiert werden und dürfen
33 nicht zusammengekürzt werden.
- 34 • Gemeinsam mit einem gut ausgebauten und innovativen Dienstleistungsangebot und
35 einem starken Handwerk bildet die Industrie in Deutschland die tragende Säule

- 36 der Wirtschaft. Deindustrialisierung darf nicht akzeptiert werden.
37 Verschlechterten Standortbedingungen durch hohe Energie-, CO2- und
38 Transportpreise sowie durch eingeschränkte verkehrliche Erreichbarkeit gilt es
39 entgegenzuwirken. Mit einer Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und
40 der Nutzung digitaler Technologien für die Förderung guter Arbeitsbedingungen
41 und intelligenter Arbeitsorganisation kann die Produktivität deutlich erhöht und
42 die Möglichkeit, innovativ und klimagerecht zu wirtschaften, realisiert werden.
43 All das steigert die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und zahlt sich schnell
44 aus, was auch eine Kreditfinanzierung rechtfertigt.
- 45 • Infrastrukturen sind die Lebensadern moderner Gesellschaften und zentral für das
46 Wirtschaftsleben. Der Staat muss seine besondere Verantwortung für Energie-,
47 Verkehrs-, Bildungs-, Gesundheits-, Telekommunikations- und digitale
48 Infrastrukturen wahrnehmen. Der Investitionsstau muss zügig aufgelöst werden –
49 gerade auch auf kommunaler Ebene. Die Bewirtschaftung von Infrastrukturen darf
50 sich nicht an Profitinteressen orientieren, sondern muss Gemeinwohl und Guter
51 Arbeit dienen – durch öffentliche Eigentümerschaft, demokratische Kontrolle,
52 gewerkschaftliche Mitbestimmung und Tariftreue. Bei Investitionen in die
53 Verkehrsinfrastruktur sollen klima- und umweltfreundliche Verkehrsträger wie die
54 Eisenbahn und der öffentliche Verkehr Priorität haben.
 - 55 • Um Strukturbrüche zu verhindern und langfristig für soziale, wirtschaftliche und
56 politische Stabilität zu sorgen, ist auch eine aktive politische Gestaltung der
57 regional- und strukturpolitischen Entwicklungen unerlässlich – in Kohleregionen,
58 aber auch in anderen vom Wandel betroffenen Gebieten. Dabei gehören bruchlose
59 Beschäftigungsperspektiven, die Stärkung von Guter Arbeit, die Aufwertung von
60 vermeintlicher „Einfacharbeit“, die rechtzeitige Schaffung von Möglichkeiten der
61 Fort- und Weiterbildung und die frühzeitige Einbindung der Beschäftigten
62 insgesamt in den Mittelpunkt einer vorausschauenden Strukturpolitik.
 - 63 • Deutschland wird die Herausforderungen des tiefgreifenden Wandels von
64 Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft auch künftig nicht im Alleingang lösen
65 können. Der Weg aus der Krise und die Rückkehr auf die wirtschaftliche
66 Erfolgsspur führen über ein starkes, handlungsfähiges und solidarisches Europa.
67 Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes hängt untrennbar mit der europäischen
68 Integration und Zusammenarbeit zusammen. Es braucht entschlossene Schritte zur
69 Stärkung der Nachfrage und der Wertschöpfungsketten im europäischen Binnenmarkt.
70 Eine gemeinsame Industrie- und Handelspolitik sowie strategische Investitionen
71 sind unverzichtbar, um gemeinsam in Europa wirtschaftlich widerstandsfähig und
72 zukunftsfähig zu werden.

73 **Neue Probleme gezielt angehen!**

74 Deutschland muss mutig neue Ideen voranbringen, sich auf eigene Stärken besinnen,
75 aber auch von erfolgreichen Strategien anderer Länder lernen. Die Unternehmen müssen
76 mit technischen und sozialen Innovationen den Wettbewerb um die Entwicklung
77 zukunftsfähiger und nachhaltiger Geschäftsmodelle, Herstellungsverfahren und Produkte
78 viel offensiver angehen. Die Politik muss dafür die Weichen stellen. Dabei gilt es,

- 79 nicht nur Technologien zu fördern, sondern die Innovationen mit einem konkreten
80 Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft zu verbinden. Der Transfer in die
81 unternehmerische Praxis muss verbessert werden, damit Deutschland nicht nur
82 Wissenschafts-, sondern auch Wertschöpfungsstandort bleibt. Deutschland muss
83 einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten abbauen, den heimischen und europäischen
84 Markt stärken sowie globale Stabilität und neue Kooperationen auf Augenhöhe und mit
85 der verbindlichen Einhaltung grundlegender Arbeits- und Gewerkschaftsrechte
86 voranbringen – etwa mit Ländern des globalen Südens.
- 87 • Der größte Teil des deutschen Waren- und Dienstleistungshandels findet innerhalb
88 der Grenzen der EU statt. Eine falsche und sozial unausgewogene
89 Wirtschaftspolitik hat aber Nachfrage, Wachstum und die Bedeutung des EU-
90 Binnenmarkts geschwächt. Eine Stärkung des europäischen Marktes hat zentrale
91 Bedeutung, um unabhängiger von China, den USA oder auch digitalen
92 Monopolstrukturen zu werden. Dazu muss die Binnennachfrage innerhalb der EU
93 (inklusive Deutschland) gestärkt werden – mit guten Rahmenbedingungen für ein
94 kräftiges Reallohnwachstum, einer expansiven Fiskalpolitik, Anreizen zur
95 Sicherung von Produktion und Wertschöpfung, mit massiven privaten und
96 öffentlichen Investitionen sowie Ausgaben für die öffentliche Daseinsvorsorge
97 und wirtschaftliche Modernisierung. Europäische Finanzierungslösungen müssen
98 mitgedacht werden, damit auch finanzschwächere Länder nicht abgehängt werden.
99 Insgesamt gilt: Nur wenn soziale Aufwärtskonvergenz im EU-Binnenmarkt aktiv
100 gefördert wird, können alle Mitgliedstaaten gleichermaßen vom wirtschaftlichen
101 Potenzial der EU profitieren.
 - 102 • Eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und kluge Außenwirtschaftspolitik -
103 unter Einbindung von Gewerkschaften - kann globale Stabilität und fairen Handel
104 fördern und auch außereuropäische Absatzmärkte stabilisieren. Die wiederholte
105 Kürzung des Entwicklungshilfeeinsatzes auf Bundesebene ist vor diesem Hintergrund
106 ein großer strategischer Fehler. Die EU muss ihre Werte – Demokratie,
107 Rechtsstaatlichkeit, Arbeitnehmerrechte, Nachhaltigkeit – ernst nehmen und als
108 Grundlage wirtschaftlicher Partnerschaften behandeln. Ein solidarischer Umgang
109 mit den Ländern des globalen Südens, eine Stärkung von internationalen
110 Institutionen wie der UN und des Völkerrechts wird notwendig sein, um Frieden zu
111 erreichen und das Klima zu schützen.
 - 112 • Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten entlang europäischer und globaler
113 Lieferketten tragen zur Resilienz von internationalen Wirtschaftsbeziehungen
114 bei. Risiken und Abhängigkeiten werden schneller erkannt, sodass mögliche
115 Diversifizierungsstrategien frühzeitig entwickelt und umgesetzt werden können.
116 Bei der Rohstoffversorgung gilt es, eine konsistente nationale und europäische
117 Rohstoffpolitik aufzulegen und widerstandsfähiger zu werden – auch durch die
118 gezielte Förderung und Erschließung heimischer Quellen und eine
119 Investitionsoffensive in die Kreislaufwirtschaft.
 - 120 • Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen die Rolle des Staates in der
121 Wirtschaft und im Transformationsprozess neu ausverhandeln. Die bisherigen
122 Erfahrungen zeigen deutlich: Der Markt allein regelt es nicht! Der Staat muss

123 nicht nur einen Ordnungsrahmen setzen, der die soziale, digitale und
124 klimagerechte Modernisierung voranbringt. Er muss auch eine aktive Industrie-
125 und Dienstleistungspolitik betreiben, die den Auf- und Ausbau von
126 Schlüsselindustrien und Zukunftsbranchen in Europa unterstützt und voranbringt,
127 wie es in anderen Weltregionen selbstverständlich ist. Statt nur auf die
128 lenkende Kraft des Markts zu vertrauen, gilt es (grüne) Leitmärkte zu definieren
129 und gezielt auszubauen und zugleich industrielle Wertschöpfungsketten in Europa
130 zu halten. Eine aktive sowie effiziente Förderpolitik, die Standortgarantien und
131 die Sicherung tarifgebundener Arbeitsplätze zur Voraussetzung für die
132 Mittelvergabe macht, soll Anreize für private Investitionen in die Erforschung,
133 Entwicklung und den Einsatz wirklich benötigter und sich dauerhaft selbst
134 finanzierender innovativer Technologien und Produktionsverfahren schaffen. Das
135 erhöht die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts und gibt den Beschäftigten
136 sichere Perspektiven in einer sich wandelnden Arbeitswelt. Gleichzeitig braucht
137 es eine nachfrageorientierte Innovationspolitik: Durch öffentliche Beschaffung
138 und gezielte Förderprogramme muss der Staat die Nachfrage nach innovativen und
139 nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen steigern. Durch Mindeststandards und
140 verbindliche Anforderungen zur Steigerung der Energieeffizienz von Produkten und
141 Grundstoffen wird die Markttransparenz gestärkt und eine klare Differenzierung
142 zwischen konventionellen und klimafreundlichen Grundstoffen und Produkten
143 ermöglicht.

144 • Dabei muss der Staat wirtschaftliche Monopolmacht zurückdrängen und selbst viel
145 stärker zum Wirtschaftsakteur werden. Die Macht von Beschäftigten und
146 Verbraucher*innen gegenüber Digitalkonzernen („Big-Tech“) und anderen
147 monopolistischen Tendenzen muss gestärkt werden – durch die Weiterentwicklung
148 und strikte Umsetzung eines wirksamen und gemeinwohlorientierten
149 Wettbewerbsrechts, andere gezielte Markteingriffe, die Abschaffung illegitimer
150 Marktprivilegien sowie die Förderung von Tarifverträgen und
151 Unternehmensmitbestimmung zur Sicherung von Marktgegenmacht. Zur Durchsetzung
152 von Gemeinwohlinteressen und längerfristigen Umbauzielen müssen öffentliche
153 Unternehmen, Beteiligungen und Investitionen gestärkt werden. In der
154 Netzinfrastruktur – gerade bei Energienetzen – braucht es Beteiligungen des
155 Staates, in dem sich das Netz befindet: Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis, zur
156 Ermöglichung von Investitionen und demokratischer Beteiligung. Öffentliche
157 Unternehmen im Bereich der kritischen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge sind
158 in der Regel (kosten)effizienter als private Unternehmen. Öffentliche
159 Beteiligungen bei Industrieunternehmen können notwendig sein, um die inländische
160 Produktion industrieller Grundstoffe oder spezifischer Güter zu gewährleisten
161 und demokratische Mitbestimmung zu stärken.

162 • Auch die Energiekrise und die daraus resultierende Energiepreisexplosion haben
163 gezeigt: Die Preisentwicklung darf nicht mehr allein privaten Akteur*innen
164 überlassen werden. Profitgetriebene Inflation zulasten von Beschäftigten und
165 Verbraucher*innen muss verhindert werden. Eine strikte Wettbewerbsaufsicht mit
166 verstärkter Markttransparenz bis hin zu Preiskontrollen und der Abschöpfung von

167 Marktlagen- bzw. Übergewinnen erweist sich als sinnvoll und ist notwendig –
168 nicht nur bei der Energie, sondern etwa auch bei Lebensmitteln und
169 Wohnungsmieten. Sinnvoll regulierte Preise in eng definierten Bereichen
170 reduzieren marktgetriebene Unsicherheiten, beugen Marktspekulationen vor und
171 verschieben die Machtverhältnisse zugunsten von Mieter*innen, Stromkund*innen
172 und abhängig Beschäftigten - und stärken somit die Verteilungsgerechtigkeit.
173 Zugleich eröffnet eine strenge Marktregulation den Wiedereinstieg der
174 öffentlichen Hand in die Energie- und Wohnungswirtschaft.

175 **Zukunftskurs neu justieren**

176 In Deutschland hat die Bundesregierung – auch auf Druck der DGB-Gewerkschaften –
177 begonnen, neue Ansätze zu verfolgen, um Investitionsrückstände aufzuholen und die
178 Modernisierung der Wirtschaft voranzubringen. Diese Ansätze müssen fortentwickelt
179 werden. Sie dürfen keine Schlagseite bekommen.

- 180 • Die Schuldenbremsenreform muss korrigiert und sinnvoll gestaltet werden, indem
181 Zukunfts- und Infrastrukturinvestitionen komplett von den Schuldenregeln
182 ausgenommen werden. Gleiches gilt für die europäischen Fiskalregeln. Die
183 Steuerpolitik muss verteilungsgerechter werden. Geringe und mittlere
184 Arbeitseinkommen gilt es zu entlasten. Anstatt Steuergeschenke an Unternehmen
185 mit der Gießkanne zu verteilen, müssen Kapitalgewinne, Höchstinkommen und hohe
186 Vermögen stärker in die Verantwortung für die notwendige Stärkung der
187 staatlichen Einnahmenbasis genommen werden.
- 188 • Das bereits vor der Regierungsbildung beschlossene Finanzpaket stellt zwar einen
189 fiskalpolitischen Paradigmenwechsel dar, der den langjährigen gewerkschaftlichen
190 Forderungen nach einer Investitionsoffensive ähnelt. Es hat aber einen
191 Konstruktionsfehler: Während die Mittel des Sondervermögens für Investitionen in
192 Infrastruktur und Klimaneutralität noch zu gering bemessen und befristet sind
193 und die Kreditfinanzierungsmöglichkeiten für die Bundesländer im Rahmen der
194 Schuldenbremse klein ausfallen, steht für Verteidigungsausgaben oberhalb von
195 einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ein potenziell unbegrenzter
196 Verschuldungsspielraum zur Verfügung. Gleichzeitig werden zur Erhöhung der
197 Verteidigungsfähigkeit Verteidigungsausgaben in einem Umfang auf den Weg
198 gebracht, der sich an willkürlichen Zielmarken orientiert, während bei
199 Infrastruktur- und anderen Investitionen genaue Bedarfsprüfungen stattfinden.
200 Ausgaben für Verteidigung dürfen die notwendigen Ausgaben für die sozial- und
201 klimagerechte Modernisierung und die soziale Sicherung nicht verdrängen. Auch
202 deshalb ist es erforderlich, dass Gewinne, Kapitaleinkünfte, sehr hohe
203 Einkommen, Erbschaften und Vermögen künftig einen angemesseneren und dauerhaften
204 Beitrag zum Steueraufkommen leisten.
- 205 • Um Investitionen schnell auf den Weg zu bringen, ist eine Beschleunigung von
206 Planungs- und Genehmigungsverfahren durch personell und technisch sehr gut
207 ausgestattete Verwaltungsstrukturen notwendig. Beteiligung muss frühzeitig und
208 ausgewogen aufgesetzt werden. Ein einheitliches Verfahrensrecht und gut
209 strukturierte, verständliche und nachvollziehbare Prozesse reduzieren die

210 Bürokratiebelastung. Verwaltungsverfahren können vereinfacht und Doppelprüfungen
211 vermieden werden, ohne bewährte Qualitäts-, Sozial- und Sicherheitsstandards
212 oder Kontroll- und Beteiligungsmechanismen auszuschalten. Eine Deregulierung
213 unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus lehnen der DGB und seine
214 Mitgliedsgewerkschaften aber strikt ab.